



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 31984 - 88
Fernschreiber 0886890

P/XIII/274 - 2. Dezember 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Die Geister, die sie riefen SDU-Klage über die wirtschaftliche Machtkonzentration	109
3 - 4	Atomwaffen-Forschung in Schweden nicht vorgesehen Eine bemerkenswerte Niederlage der Militärs	72
5 - 6	Kein Vorbild für die Jugend Sturm um den früheren SS-Führer Reinefarth	73
7	Sind Ostkontakte sinnlos? Der Bundesjugendring sucht nach neuen Wegen	53

* * * * *
* * * * *

Die Geister, die sie riefen ...

Gegen die Konzentrationsbewegung in der Wirtschaft nahm am Sonntag die christliche Arbeitnehmerschaft in Düsseldorf Stellung. Der Vorsitzende der CDU-Sozialausschüsse, Albers, erklärte, die Entwicklung im Mannesmannkonzern stehe in krassm Gegensatz zu den Vorstellungen der christlichen Arbeiterschaft. "Was hier geschieht", rief Albers aus, "ist Reaktion. Wir wollen keine Macht, sondern soziale Partnerschaft".

Die "Welt" vom 1. 12. 1958

Der - Die Klage des Vorsitzenden der CDU-Sozialausschüsse ist nur zu berechtigt. Was sich die Gründer dieser Sozialausschüsse einstmalig vorstellten, steht in krassm Widerspruch zu dem, was sie heute in der Bundesrepublik vorfinden. Die wirtschaftliche Machtkonzentration übersteigt alles, was wir bisher in Deutschland auf diesem Gebiet erlebt haben. Mannesmann ist nur ein Beispiel dafür. Einige wenige Giganten beherrschen von souveräner Höhe aus einen Großteil der Wirtschaft, diktieren die Preise, bestimmen über das Los von Millionen Menschen; ihnen ist eine Macht anheimgegeben, wie sie ihresgleichen kaum in anderen Ländern zu finden ist. In erstaunlich kurzer Zeit gelang es den deutschen Großbesitz, Positionen zu erwerben, wie er sie nicht einmal in der Weimarer Zeit besaß. Nirgendwo in Europa schossen Millionen und Millionenvermögen so schnell aus dem Boden, wie in der "wirtschaftswunderlichen" Bundesrepublik; selbst in der berühmten Gründerzeit der 70-er Jahre des vorigen Jahrhunderts, da der Grundstein zu der heutigen Sozial- und Wirtschaftsstruktur gelegt wurde, war ein solches Tempo wirtschaftlicher Machtzusammenballung nicht zu verzeichnen.

Man weiß heute, welches Unheil für das deutsche Volk und für die Welt aus der ungleichen Sozialstruktur entstand. Im ersten Weltkrieg gehörten die Kohlen- und Stahlkönige an Rhein und Ruhr, damals verbunden mit einer dem Volke entfremdeten Adelschicht, zu den Kriegsverlängerern. Sie widersetzten sich solange der Reichstagsforderung von Weihnachten 1916 - Frieden ohne Annexionen und Kontributionen - bis das wilhelminische Deutschland zusammenbrach. In der Weimarer Republik zählten sie zu den erbittertesten Feinden des sozialen und demokratischen Fortschrittes. Nach dem Schock der Niederlage vom November 1918 hielt sich zwar der deutsche Großbesitz zunächst zurück. Allerdings, da es oben nicht anders ging, den Einfluß der Gewerkschaften auf die Sozialpolitik, fand sich sogar mit der Einführung der 48-Stundenwoche des allgemeinen Wahlrechts und der Mitbestimmung von Sozialdemokraten an der Regierung ab, um dann umso stärker in seinen "herr-in-hause-Standpunkt" zurückzufallen. Am Aufkommen des Nationalsozialismus hat das deutsche Großkapital ein gerütteltes Maß von Mitschuld; sein Haß gegen die Gewerkschaften und seine Angst vor notwendigen Staatsmaßnahmen (nach diesem wurde nur gerufen, wenn es Defizite auszugleichen galt), verleitete es zur Auffüllung der leeren Parteikassen Hitlers. Heute will man das nicht mehr wahrhaben. Vergeblich wird man etwa in den Bibliotheken nach dem Buch des Königs des damaligen Stahlvereins, Fritz Thyssen, "Ich zahlte Hitler" suchen. Dieses Buch enthält eine Art Bericht über den politischen Sündenfall eines der Mächtigsten der damaligen Zeit; seine Erben sorgten dafür, daß er nicht zur Kenntnis in die breite Öffentlichkeit kam.

Der böhmische Gefreite erwies sich als schlauer, herrschsüchtiger und gewalttätiger als es seinen Götzern lieb war. Seine Maßlosigkeit

und seine Mordgier gefielen ihnen nicht. Sie keimten zwar gerne während des zweiten Weltkrieges Riesengewinne ein, errichteten mit den von Hitler eingebrachten Sklaven neue Betriebe (Auschwitz), hielten sich jedoch aus Klugheit und Vornehmheit von Verbrechen zurück. Sie besudelten ihre Hände nicht mit Blut; als unantastbare Kaste blieben sie vom Wüten des Wahnsinnigen verschont. Hitler ließ Feldmarschälle, Generale, verdiente Diplomaten, hervorragende Gewerkschaftsführer am Fleischernaken verenden. - an einen Wehr-Wirtschaftsführer traute er sich nicht heran; sie waren stärker als er.

Das Machtstreben und die politische Kurzsichtigkeit vieler Wirtschaftsführer kamen dem deutschen Volk und vielen anderen Völkern teuer zu stehen. Am Tage nach dem unvermeidlichen Zusammenbruch schien es, als würden auch diese Größen innere Einkehr halten. Ihre Betriebe waren größtenteils zerstört, ihre Macht gebrochen. Buchstäblich unter Ruinen und unter Schweiß und Tränen erfolgte der Wiederaufbau. Ohne die deutsche Arbeitnehmerschaft wäre er nicht möglich gewesen. In jenen zurückliegenden Jahren erkannten viele deutsche Unternehmer den Wert der Gewerkschaften als einen für Staat und Wirtschaft und für die Demokratie unentbehrlichen Faktor. Damals wurde der Gedanke der sozialen Partnerschaft geboren, dem Arbeitnehmer das Recht zur Mitbestimmung in der Wirtschaft anerkannt. Eine neue Ära der Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit schien angebrochen zu sein.

Diese Ära war nur von kurzer Dauer. Schon wenige Jahre nach dem Zusammenbruch, als die Räder der Wirtschaft wieder liefen, witterten industrielle Scharfmacher wieder Morgenluft; ihre Herrschsucht und ihr Hochmut kamen wieder zum Vorschein. Sie sahen in der Wirtschaft nicht eine dem Wohle der Allgemeinheit dienende Funktion, sondern ein Instrument, um Sonderinteressen zu vertreten und als Macht durchzusetzen. Die restaurative Entwicklung überschlug sich, und heute ist man wieder so weit, daß die gleichen Scharfmacher, die einst zu den Vasallen eines Wilhelm und eines Hitlers zählten, die Gewerkschaften aus dem Wirtschaftlichen ausschalten und immunisieren möchten. Deren Existenz wird als lästig empfunden.

In der CDU gab es bei ihrer Gründung Männer und Frauen, die sich sagten, die anonyme Macht der Konzerne und Kartelle dürfe niemals wieder erstehen. Das war die Frucht bitterer Erkenntnisse. Sie verlangten Durchsichtigkeit und Kontrolle der wirtschaftlichen Vorgänge, ihre Vorstellungen von einer dem Wohle des Ganzen dienenden Wirtschaft fanden Niederschlag in jenem Ahlener Programm, das die Vergesellschaftung der Grundstoffindustrie und die Demokratisierung der Wirtschaft vorsch. Ein knappes Jahrzehnt später wurde dieses Programm von CDU-Führern als ein wohlgegelungenes Täuschungsmanöver für die deutsche und internationale Öffentlichkeit gepriesen... Das kam nicht von ungefähr, denn inzwischen hatte sich auch die CDU gewandelt, sie hat sich weit von ihrem Ursprung und von ihrer Zielsetzung entfernt, sie ist heute eine Gefangene jener Schichten geworden, die in ihren Händen wieder eine ungeheure wirtschaftliche und damit auch politische Macht vereinigen und die in dem Staat nicht eine Gemeinschaft von Gleichberechtigten und Freien, sondern einen Turmelplatz ungehemmten Machtstrebens und von Interessentenkaufen erblicken.

Wie gesagt, die Klage des Vorsitzenden des Sozialausschusses Albers ist nur zu berechtigt. Aber Albers vergaß hinzuzufügen, daß es die CDU war und ist, die durch ihre Steuer-, Finanz- und Wirtschaftspolitik eine wirtschaftliche Machtzusammenballung ermöglicht, die sich immer mehr als das größte Hindernis für die freie, demokratische und soziale Entwicklung unseres Volkes erweist.

Atomwaffen-Forschung in Schweden nicht vorgesehen

R.H., Stockholm

Die schwedische Wehrmacht kann nach der kürzlichen Stellungnahme des Verteidigungsministers Sven Andersson im Reichstage nicht damit rechnen, daß ihr für Forschungen, welche auf die Konstruktion schwedischer Atomwaffen ausgerichtet sind, im nächsten Staatsbudget Mittel zur Verfügung gestellt werden. Das Forschungsinstitut der Wehrmacht wird sich nach wie vor darauf beschränken müssen, Schutzmaßnahmen gegen Atomwaffen zu studieren.

Schon vor vier Monaten hatte der Reichstag eine Beschluffassung hinsichtlich der Ausstattung der schwedischen Wehrmacht mit Kernwaffen ver- tagt, teils um die sehr heftigen Diskussionen im eigenen Lande ausreifen zu lassen, teils weil man die Hoffnung nicht aufgegeben hat, daß es doch noch zu einer allgemeinen Unterbindung der weiteren Aufrüstung mit Kernwaffen kommen kann. Die Militärkreise und die Konservativen widersetzten sich schon damals diesem Aufschub mit Hinweis auf die lange Zeit, welche die Entwicklung schwedischer Atomwaffen beanspruchen würde. In der Staatsmittelanforderung der Wehrmacht für das nächste Budgetjahr ist nun ein Betrag von 2,800.000 Kronen aufgetaucht, der für die eingangs erwähnten Forschungen verwendet werden sollte. Die Gegner der Kernwaffen-Ausrüstung sahen darin den Versuch der Militärkreise, ihrem Ziele auf einem Umwege und schrittweise näherzukommen - etwa so, wie es in der Bundesrepublik praktiziert wird -, und die Vorsitzende der Sozialdemokratischen Frauenorganisation, die Abgeordnete Inga Thorsson, veranlaßte daher im Interpellationswege den Verteidigungsminister zu seiner Stellungnahme.

In der gleichen Reichstags-sitzung beantwortete Außenminister Undén eine Anfrage wegen der erhöhten Radioaktivität in Schweden als Folge der jüngsten Kernwaffen-Experimente der Russen. Die sehr gut ausgerüsteten schwedischen Beobachtungsstationen hatten - ebenso wie die dänischen und norwegischen - eine 5- bis 10-fache Verstärkung der radioaktiven Strahlungen in den höheren Luftlagen konstatiert. Sie hatten anhand eines Teilungssystems genau festgestellt, daß die russischen Experimente bei Nowaja-Semlja - also Nordskandinavien sehr nahe - stattgefunden haben. Undén äußerte sein Bedauern über die Wiederaufnahme der russischen Experimente, die - falls sie nach nur wenigen Monaten im gleichen Umfange wie jüngst wiederbeginnen sollten - zu einer wirklichen Gefahr für die Gesundheit werden würden. Er gab bekannt, daß der Bescheid der schwedischen Beobachtungsstationen bei den Vereinten Nationen zur Sprache kommen wird.

Bester Zivilschutz der Welt - trotzdem ungenügend

Der Reichstag wird sich in Kürze mit einer neuen Zivilverteidigungsordnung zu befassen haben. Bisher fanden die Ausbildungskurse auf breiter Basis statt. Seit Kriegsende haben 828.000 Menschen solche Kurse besucht - bei etwas über 7 Millionen Einwohnern. Die Resultate waren häufig schlecht. Nun dürfte eine Beschränkung auf kleinere, spezialausgebildete Hilfs- und Ordnungseinheiten vorgezogen werden, die sich auf die besten und - gerechnet pro Kopf der Bevölkerung - auch zahlreichsten Felsenschutzzräume der Welt stützen können. Neben Wohnhaus-Schutzräumen für 1.750.000 Menschen und 46 älteren Groß-Schutzräumen, die modernisiert wurden, sind in den größeren Städten mit einem Aufwande von 100 Millionen Kronen 14 hochmoderne Groß-Schutzräume für 105.000 Menschen geschaffen worden, die mit allen denkbaren Hilfseinrichtungen ausgestattet sind und in Friedenszeiten zum größten Teil kommerziell oder kulturell ausgenutzt werden, z.B. als Lagerräume großer Unternehmen, als Garagen, Turnsäle, Studien- und Theaterräume, Kaffeehäuser etc. Die Befehlsstellen sind in unterirdischen Festungen untergebracht, die unter Umständen monatelang ohne Kontakt mit der Außenwelt existieren könnten. 41 solcher Zentralen sind bereits fertiggebaut, weitere 20 sind im Bau. Damit werden alle Städte mit mehr als 12.000 Einwohnern über derartige Zentralen verfügen.

Für die dichter besiedelten Gebiete sind Evakuierungspläne ausgearbeitet worden, die etwa die Hälfte der Gesamtbevölkerung betreffen; man weiß aber, daß sie im Ernstfalle nur teilweise durchführbar wären. Die Stockholmer Bevölkerung z.B. müßte teilweise bis zu 450 Kilometer weit transportiert werden, eine Annahme, die trotz der Autodichte allein schon wegen der begrenzten Straßenkapazität naiv wirkt.

Der Urgesteingrund Schwedens bietet ausgezeichnete Schutzmöglichkeiten für lebenswichtige Industrien, für Kraftwerke, die seit Jahren in der Regel unterirdisch gebaut werden, für Laboratorien und Krankenhäuser, für die Einlagerung von Erdöl und anderen Stoffen, für Flugzeughangars und Werftanlagen, die alle im Laufe der Jahre mit riesigem Aufwand geschaffen worden sind. Trotz alledem hat man in Schweden keine Illusionen über das Ausmaß des erreichbaren Schutzes. Dieses Bewußtsein ist die stärkste Stütze der für den Frieden wirkenden schwedischen Außenpolitik.

Kein Vorbild für die Jugend

mu.- Der Warschauer Prozeß gegen den ehemaligen Gauleiter Koch ist für die polnische Bevölkerung ein Blick in das Grauen der Vergangenheit. Die Wahl des früheren SS-Generals Reinefarth (der im Spätsommer 1944 bei der Niederschlagung des Warschauer Aufstandes zugegen war) in den schleswig-holsteinischen Landtag als BHE-Abgeordneter aber ist für die Menschen in Polen eine viel bittere Tatsache der Gegenwart. Die demokratischen Politiker in Schleswig-Holstein indes beginnen sich bereits zu fragen, wohin der große Schatten hinter Reinefarth, der BHE-Fraktionsvorsitzende im Kieler Landtag, Dr. Gille, die frühere Vertriebenenpartei jetzt führen will.

Was hat sich ereignet? Sieben Wochen lang hat die Staatsanwaltschaft in Flensburg geprüft, ob der damalige Generalleutnant der Polizei und SS-Gruppenführer Reinefarth für die Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung in Warschau verantwortlich werden kann. Genau zwei Tage vor der schleswig-holsteinischen Landtagswahl am 28. September stellte die Staatsanwaltschaft die Ermittlungen ein, weil sich kein begründeter Verdacht ergeben haben soll, daß Reinefarth Kriegsverbrechen begangen hat. Der Einstellungsbefehl hat nicht befriedigt, denn die Staatsanwälte machten sich nicht die Mühe, beispielsweise die Identität von Fotokopien mit Originaldokumenten zu prüfen oder über die polnische Militärmission in Potsdam Kontakte mit Warschauern, die den Aufstand erlebten, zwecks Zeugenaussagen aufzunehmen.

Jetzt also sitzt Herr Reinefarth in einem der roten Polstersessel im Plenarsaal des schleswig-holsteinischen Landtags. Er hält sich dort leibhaftig zurück und zeigt sogar ein wenig mit dem Beifall, wenn sein Fraktionschef Dr. Gille die größten und bösesten Attacken nach jeder Seite reißt, die es nach dem Krieg im Landtagssaal an der Kieler Würde je gegeben hat. Wenn Gille ihn zu staatsbürgerlichen Unterweisungen von Landtagsbesuchenden Schülern schickt, gibt der Herr Reinefarth höchstens ganz knapp eine verwaltungsjuristische Auskunft.

Man aber wollte einmal ein 19-jähriger Berufsschüler wissen, ob heute bereits wieder kriminelle und ehemals führende Nationalsozialisten in die Parlamente einziehen dürfen und wenn dem so sei, dann eigentlich müßte man ja auch die Herren Dönitz und Raeder zulassen. Darauf hielt Gille die böseste Rede im Stile der vergangenen Zeit, die der Landtag je gehört hat. Der sozialdemokratische Abgeordnete und Bezirksvorsitzen-

de seiner Partei, Damm, verbat sich das. Ein paar Tage später meinte der sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende, Käber, vor der Presse, es müsse künftig unterbunden werden, daß Gille den Herrn Reinefarth als Leitbild der deutschen Jugend, als verehrungswürdigen und harmlosen Soldaten des zweiten Weltkrieges hinstelle, zumal viele Persönlichkeiten im In- und Ausland keinesfalls davon überzeugt seien, daß alle Tatbestände um Reinefarth bereits einwandfrei geklärt worden sind.

Hier nun befinden sich die sozialdemokratischen Politiker in klarer Übereinstimmung mit vielen politischen Persönlichkeiten der CDU. Der Landesbeauftragte für staatsbürgerliche Bildung in Schleswig-Holstein, Dr. Hessenauer, ein aktives CDU-Mitglied der jungen Generation, sagte vor dem Landesjugendring, daß die Reinefarths nicht mehr im politischen Leben aktiv sein dürfen, weil das eine Todstunde an der Demokratie wäre.

Darauf allerdings bekamen, wenn man das so sagen darf, die verantwortlichen CDU-Politiker weiche Knie. Ministerpräsident von Hassel (CDU) ließ seinem Parteifreund Dr. Hessenauer über Innenminister Dr. Lemke (CDU) ausrichten, er billige diese Äußerungen nicht und Hessenauer möge einen Schlußstrich unter die Vergangenheit ziehen. Der Dienstvorgesetzte des Beamten Dr. Hessenauer, Kultusminister Osterloh (CDU), meinte, er billige zwar Hessenauers Auffassung, aber dennoch möge sich der Beauftragte zurückhalten.

Hier allerdings konnte Oppositionsführer Wilhelm Käber (SPD) nicht schweigen. Wenn Hessenauer derart zurückgepfiffen werde, müsse man sich an der Tat fragen, ob die staatsbürgerliche Bildung in Schleswig-Holstein noch objektiv vermittelt werden könne. Die Sozialdemokraten würden sich jetzt die weitere Mitwirkung am Kuratorium für staatsbürgerliche Bildung überlegen, wenn sich zeige, daß das Amt von Hessenauer nicht mehr unabhängig, sondern weisungsgebunden als verlängerter Arm der Landesregierung angesehen werden muß.

Hoffen wir, daß sich von Hassel jetzt als Demokrat und nicht als Koalitionsarithmetiker erweist. Schließlich muß er mit 36 Abgeordneten, darunter drei FDP-Leuten, gegen 35 Parlamentarier regieren. Diese so knappe Basis könnte er durch die Herbeinahme der fünf BHE-Mitglieder erweitern. Es gibt aber auch den übergeordneten Standpunkt, den Standpunkt der staatspolitischen Einsicht. Der würde darin bestehen, den Dr. Hessenauer souverän in Schutz zu nehmen und den Gilles und Reinefarths zu sagen, daß es bereits einmal eine politische Partei gab, die so begann.

Sind Ostkontakte sinnlos?

K.J. Von den 14 im Bundesjugendring zusammengeschlossenen Jugendverbänden haben sich 13 für offizielle Kontakte mit den Jugendorganisationen der Ostblockstaaten ausgesprochen. Aber es wird diese Kontakte trotzdem noch nicht geben: der Bund Katholischer Jugend ist dagegen. Der Ring kann nur einstimmige Beschlüsse fassen.

Wie man sieht, setzt sich in der westdeutschen Jugend die Überlegung immer mehr durch, daß man um offizielle Beziehungen zu den Jugendverbänden des Ostblocks nicht mehr herumkommt, wenn man mit der Jugend auf der anderen Seite reden will. Das hat nun wirklich nichts mit Kapitulation zu tun. Einsicht in die Realitäten - das ist es. Bisher lag die Betonung auf den "menschlichen Kontakten", aber man weiß von den harten Grenzen, die gesetzt sind: die Jugendverbände im Ostblock sind in den Händen des Staates; er hat fast alle Möglichkeiten, diese "menschlichen Kontakte" zu verhindern, wenn sie nicht über die Verbandszentralen laufen.

Eins hat die Mehrheit im Bundesjugendring erreicht: es wird wahrscheinlich bald offizielle Verhandlungen wenigstens mit der sowjetzonalen FDJ geben. Über das freie Wandern in beiden Teilen Deutschlands will man erst einmal reden und dabei die alten grundsätzlichen Forderungen stellen, deren Erfüllung bisher als Voraussetzung für Gespräche überhaupt angesehen wurden. Seit Jahr und Tag verlangt der Bundesjugendring die Freilassung aller aus politischen Gründen inhaftierten Jugendlichen in der Zone, die Zulassung demokratischer Jugendverbände und den unbehinderten Austausch von Jugendzeitschriften. Man wird das jetzt direkt und mündlich sagen.

Wer etwas haben will, muß auch etwas bieten. Es ist sehr zu begrüßen, daß sich der Bundesjugendring für eine Amnestie aller politischen Häftlinge in Westdeutschland einsetzt, die bei Begehung der Straftat noch keine 25 Jahre alt waren. Aber wird das etwas helfen? In punkto politischer Amnestie zeigte man sich bisher nicht nur in Pankow, sondern auch in Bonn stets sehr ablehnend. Erfüllt bei uns die Regierung die Wünsche des Bundesjugendringes nicht, hat es drüben die FDJ-Führung leicht, dem Ring zu empfehlen, erst einmal vor dem eigenen Hause zu kehren.

Und was geschieht, wenn die FDJ - und aus taktischen Gründen wird sie es sicher tun - verlangt, andere Jugendverbände in Mittelddeutschland können erst dann zugelassen werden, wenn gleichzeitig die FDJ auch wieder in Westdeutschland zugelassen wird? Man weiß zwar im voraus, daß sich Pankow sein Staatsmonopol auf die Jugend nicht nehmen lassen wird, doch das Verbot der kommunistischen FDJ bei uns liefert bequeme Vorwände. Und sind etwa mitteldeutsche Zeitungen und Zeitschriften - nebenbei bemerkt, sie würden als überzeugendste antikommunistische Propaganda wirken - bei uns zugelassen?

Sieht man den Dingen auf den Grund, haben die vielen Argumente im Laufe der Zeit sehr an Gewicht verloren. Der richtige Einwand, auf der anderen Seite sei alles eben viel schlimmer, die andere Seite habe ja erst Anlaß zu FDJ-Verbot und politischer Justiz gegeben, hilft nicht weiter.

Es ist gut, daß die westdeutschen Jugendverbände den Versuch machen wollen, im direkten Gespräch mit den jun. er Menschen von "drüben" die in-nerdeutschen Verhältnisse etwas zu entspannen. Ob sie Erfolg haben werden, hängt nicht zuletzt von der weiteren Entwicklung der "großen Politik" ab.